

Stellungnahme zum EU-Mercosur-Assoziationsabkommen

anlässlich der Anhörung im Ausschuss für Europa und Internationales „Für eine nachhaltige EU-Handelspolitik – EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen stoppen“, Drucksache 17/7370, des Landtags Nordrhein-Westfalens am 8. Mai 2020

Im Verlauf des Jahres 2020 will die Europäische Union das geplante Assoziierungsabkommen mit den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay abschließen. Die Bundesregierung und die deutsche Wirtschaft fordern den schnellstmöglichen Abschluss des Abkommens und wollen damit insbesondere neue Absatzmärkte erschließen. Auch ein Entwurf für die Themenschwerpunkte der deutschen EU-Ratspräsidentschaft enthält die Aussage, dass die Verabschiedung des Mercosur-Abkommens während der Präsidentschaft vorangebracht werden soll. Noch ist unklar, ob dies weiterhin angestrebt wird, da sich die Schwerpunkte in der Corona-Krise nochmal verschoben haben.

Das EU-Mercosur-Abkommen steht im Gegensatz zum Pariser Klimaabkommen, den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) und den Menschenrechten. Deshalb sprechen wir uns dafür aus, sich gegen eine Unterzeichnung des EU-Mercosur-Abkommens einzusetzen. Der BUND sieht insbesondere die folgenden Gefahren des EU-Mercosur-Abkommens für Mensch und Umwelt.

1. Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes

Das EU-Mercosur-Abkommen beschleunigt die Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes sowie der Savannen und Trockenwälder. Bereits heute werden immense Waldflächen gerodet, um Platz für die Rinderhaltung zu gewinnen. Im Juli 2019 lag die Entwaldungsrate so hoch wie seit elf Jahren nicht mehr; die Ausweitung der Rindfleischexporte durch das EU-Mercosur-Abkommen wird die Abholzung noch weiter beschleunigen. Dabei ist der Erhalt des Amazonasgebietes als natürliche CO₂-Senke unerlässlich, um die Auswirkungen des Klimawandels einzudämmen. Das EU-Mercosur-Abkommen widerspricht damit dem Ziel der EU-Kommission, die EU bis 2050 klimaneutral zu gestalten. Weitere Waldflächen werden für den Anbau von Soja und Zuckerrohr zerstört, die zum Großteil in die EU exportiert und in der industriellen Tierhaltung beziehungsweise für die Herstellung von Agro-Sprit verwendet werden. Diese Exportsteigerungen unterlaufen zudem die Bemühungen der EU, entwaldungsfreie Lieferketten für importierte Agrarprodukte sicherzustellen. Bereits ohne das Abkommen ist die Entwaldung in Brasilien ein großes Problem. Das Abkommen verstärkt diese negativen Effekte weiter.

2. Verfestigung verfehlter Agrarstrukturen

Das EU-Mercosur-Abkommen verfestigt ein Landwirtschaftsmodell, das in den Erzeugerländern auf Monokulturen, gentechnisch veränderte Organismen und massiven Pestizideinsatz setzt – mit dramatischen Folgen für die Umwelt und die Gesundheit der Menschen vor Ort. Es senkt oder beseitigt die Zölle auf viele Agrargüter und wird unter anderem den Import von Zucker, Geflügel, Ethanol und Rindfleisch aus den Mercosur-Ländern in die EU stark ausweiten – und den ruinösen Preiskampf in der Landwirtschaft noch weiter verschärfen.

Zugleich erfolgt die landwirtschaftliche Tierhaltung in Deutschland in weiten Teilen nicht umwelt- und tierschutzgerecht. Die Belastungen vieler Grundwasserkörper u.a. mit Nitraten und die langjährigen und scharfen Auseinandersetzungen um die Düngeverordnung sind das Spiegelbild einer Intensivtierhaltung, die auf maximale Produktion und Exportorientierung setzt. Diese verfehlte Ausrichtung der Tierhaltung wäre ohne die enormen Einfuhren von Soja und anderen Futtermitteln für die Tiermast nicht aufrechtzuerhalten. Auch die Intensivtierhaltung in Nordrhein-Westfalen leistet mit einem Einsatz dieser Futtermittel seit vielen Jahren der Umweltzerstörung in den Mercosur-Staaten Vorschub. So stammen 94 Prozent des Sojaschrots und 52 Prozent der Sojabohnen, welche die EU auf dem Weltmarkt einkauft, aus dem Mercosur¹. Darüber hinaus ist setzt die Landwirtschaft der Mercosur-Staaten massiv auf Gentechnik. Bei Soja handelt es sich fast immer um den Anbau gentechnisch veränderter und Glyphosat-resistenter Soja. In Brasilien entfallen 96 Prozent der Sojaanbaufläche auf genmanipulierte Pflanzen, in Argentinien sogar 99 Prozent. Dies hat negativen Auswirkungen auf die Artenvielfalt in den Anbauländern sorgt für einen erheblich gesteigerten Herbizideinsatz mit Problemen für die menschliche Gesundheit und Rückständen in den hier importierten Sojaprodukten

3. Begünstigung des klimaschädlichen Autohandels

Das EU-Mercosur-Abkommen senkt die Zölle auf europäische und deutsche Autos; 15 Jahre nach Inkrafttreten sollen die Zölle dann komplett entfallen. Damit begünstigt das Abkommen den klimaschädlichen Autohandel: eine weitere fatale Entwicklung in Zeiten der Klimakrise! Gleichzeitig schwächt es auf Seite der Mercosur-Staaten die einheimische Automobilzulieferindustrie und beeinträchtigt die Erwerbssituation vor Ort.

4. Missachtung der Menschenrechte

Das EU-Mercosur-Abkommen soll abgeschlossen werden, obwohl im Vertragsstaat Brasilien Menschenrechte massiv missachtet werden: Die Verfolgung von Minderheiten und Oppositionellen sowie die Vertreibung von Indigenen von ihrem Land gehört unter der Regierung Bolsonaro mittlerweile zum Alltag. Auch die vorläufige Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung der EU zum EU-Mercosur-Abkommen bestätigt, dass bereits heute „industrielle, extraktive und landwirtschaftliche Aktivitäten mit den Rechten der indigenen Völker im Amazonasgebiet und in anderen Mercosur-Ländern in Konflikt geraten“, und dass die Probleme der indigenen Gemeinschaften „das Recht auf Land, der Zugang zu angestammtem Land, der Zugang zu traditionellen Subsistenzwirtschaften und zu Wasser sowie die durch wirtschaftliche Aktivitäten verursachte Umweltverschmutzung“ umfassen. Das Mercosur-Abkommen verstärkt diese Probleme und setzt daher die Exportinteressen der europäischen und insbesondere deutschen Auto-, Maschinen- und Chemie-Industrie vor Menschenrechte und die Ziele nachhaltiger Entwicklung.

5. Unnötige Handelsströme statt regionaler Wertschöpfung

Das EU-Mercosur-Abkommen öffnet die lateinamerikanischen Märkte für billigere Produkte aus der EU und zerstört damit regionale Wertschöpfung und beeinträchtigt die industrielle Produktion in den Mercosur-Staaten. Brasilien ist der wichtigste Absatzmarkt für argentinische Produkte, durch das EU-Mercosur-Abkommen würde diese Beziehung nachhaltig geschwächt. Zudem wird das Abkommen den Handel mit Produkten fördern, die bereits im Überfluss vorhanden sind, wie beispielsweise Rind- und Hühnerfleisch in der EU. Diese unnötigen Handelsströme treiben die CO₂-Emissionen weiter in die Höhe – dabei verursachten internationale Handelsströme bereits 2014 fast ein Viertel aller schädlichen Emissionen.

¹ https://ec.europa.eu/agriculture/sites/agriculture/files/statistics/trade/2016/eu28- qsp/trade_qty_imp_mesu.pdf

6. Kein durchsetzungsfähiges Nachhaltigkeitskapitel

Das EU-Mercosur-Abkommen enthält keinerlei durchsetzungsfähige Vorgaben für Umwelt- und Klimaschutz, Menschen- oder Arbeitsrechte. Wenn ein Vertragsstaat seine Pflichten aus dem Pariser Abkommen verletzt oder anderen Nachhaltigkeitsbestimmungen nicht nachkommt, muss er weder mit der Rücknahme von Handelspräferenzen noch mit sonstigen Sanktionen rechnen. Das Nachhaltigkeitskapitel im EU-Mercosur-Abkommen dient daher – wie bei anderen EU-Handelsabkommen auch – als ein Feigenblatt für nicht-zukunftsfähige Handelspolitik.

Kontakt und weitere Informationen:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)

Lia Polotzek
Referat Wirtschaft, Finanzen und Handel
Kaiserin-Augusta-Allee 5
10553 Berlin
Tel. (0 30) 2 75 86-520
lia.polotzek@bund.net
www.bund.net

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

Ralf Bilke
Agrarreferent BUND NRW
Merowinger Str. 88
40225 Düsseldorf
Tel. (0211) 302005-20
ralf.bilke@bund.net
www.bund-nrw.de

24. April 2020